Nummer 23 | Halle, Sonnabend, den 27. Januar 1923 | 58. Jahrgang

Einzelpreis: Vierzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 775.00 Mark, durch die Post bezogen einschließlich monatlich Mark 775.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 750.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Erscheinungsort Mark 60.00, im auswärtigen Verkehr Mark 80.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 500.00 im Erscheinungsort und Mark 300.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Marktplatz 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle-Saale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsunterbrechungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Hilfswerk für das Ruhrgebiet!

Brutale militärische Vergewaltigungen haben unsere Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet ohne Unterschied der Partei und des Standes zu einmütiger Abwehr zusammengeführt. Ihre Treue zum Reich, ihre Liebe zum deutschen Vaterland stellt dem Rechtsbruch fremder Machthaber einen unerschütterlichen deutschen Willen entgegen. Herausgerissen aus friedlicher Arbeit, wirtschaftlich geschädigt und seelisch gequält scheuen sie vor keinem Opfer zurück, um in heldenmütigem Ausharren französische und belgische Raubgelüste zuschanden zu machen. **Gleiche Entschlossenheit und gleichen Opferwillen muss jeder Deutsche im unbesetzten Gebiet zeigen.**

Darum auf zur Tat! Opfere ein jeder schnell und reichlich!

Jeder in festem Einkommen Stehende gebe **einen Prozentsatz seines Einkommens** ab, alle anderen **nach ihrem Vermögen.**

Ferner gilt es, die **Notlage der Kinder im besetzten Gebiet** zu erleichtern und sie gegebenenfalls zum Teil bei uns unterzubringen. Aufnahmeerklärungen nehmen an: Westfalenbund, Verkehrsbureau der Vester A.-G., Delitzscher Strasse 5, Fernruf 7901, und Rheinländervereinigung zu Händen des Herrn Karl Reuter, Landwehrstrasse 19, Fernruf 1809 und 1906.

Sei ein jeder sich bewusst, dass nicht Worte und Versprechungen, sondern **nur die opferfreudige Tat** zu helfen vermag. Um die Einheitlichkeit der Sammlung zu wahren, sind **sämtliche hallenschen Banken und Sparkassen zur Annahme von Spenden auf Konto „Ruhrspende"** bereit, ebenso die **Allgemeine Zeitung** (Geschäftsstelle Halle a. S., Neue Promenade 1/2), die **Saale-Zeitung** (Geschäftsstelle Halle a. S., Neue Promenade 1/2), die **Hallesche Zeitung** und die **Hallischen Nachrichten.**

Westfalenbund, Rheinländervereinigung, Saarverein, Hilfsbund der Elsass-Lothringer im Reiche, Verband heimattreuer Oberschlesier, Ostbund, Verein der Ost- und Westpreussen.

Ferner haben bisher diesen Aufruf unterstützt:

Allgemeine Arbeitgebervereinigung für Halle und Vororte; Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten; Christliche Gewerkschaften; Deutsche Volkspartei (Landesverband Halle-Merseburg); Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband; Deutschnationale Volkspartei (Landesverband Halle-Merseburg); Deutscher Gewerkverein; Deutsche demokratische Partei; Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter; Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Bezirksverband Halle-Merseburg); Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften; Hallescher Bürgerverein; Handelskammer (Halle a. S.); Hansa-Bund; Mittelständischer Schutzverband; Ortskartell des deutschen Beamtenbundes; Reichsverband deutscher Bergbauangestellter; Verband der Metallindustriellen von Halle und Umgegend; Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten; Verein Hallische Presse; Verband der Oberingenieure, Ingenieure und Werkstättenvorsteher; Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; Verband reisender Kaufleute Deutschlands; Zentrumspartei; Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter; Verband der Kommunalbeamten und Angestellten; Hallescher Bergwerks-Verein.

Volksopfer.

Der Triumphzug, zu dem die Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes die Heimkehr der in Mainz verurteilten Zechenbesitzer gestaltete, und die dabei trotz aller Verbote mit heller Begeisterung gesungenen vaterländischen Lieder sollten die Franzosen und Belgier doch recht nachdenklich machen. Daß trotz aller gerade im Ruhrgebiet vorhandenen Gegensätze arm und reich, hoch und niedrig, vor allem aber die gesamte Bergarbeiterschaft, diesen Herren zujubelte, geschah aus dem Gefühl heraus, daß sie als Symbol des vergewaltigten deutschen Volkes erschienen und daß das ganze Volk ihren tapferen Widerstand als seinen eigenen, als die vulkanische Kraft seiner mißhandelten Ehre und Würde betrachtete. Aber so erhebend diese aller Bedrückung spottenden Kundgebungen des rheinischen Temperaments sind, so sehr muß im übrigen vor allem Ueberschwang gewarnt werden. Der passive Widerstand, der, unsere einzige Waffe ist, verlangt nüchternste Ruhe, kaltblütige Besonnenheit, unbeugsame Entschlossenheit von Volk und Regierung. Denn wir stehen erst am Anfang einer Leidenszeit, von der niemand voraussagen kann, welches Maß an Not sie uns bringen wird. Keine noch so echte Begeisterung darf uns dazu verleiten, davor die Augen zu verschließen und sie zu vertuschen. Der aus einem Antimilitaristen zu einem Erzmilitaristen gewandelte Gustave Hervé hat es klar gesagt, als er das Wort Poincarés von dem zwanzig Millionen Deutschen, die zu viel leben, in die brutale Formel kleidete, daß „die widerspenstigen Ruhrarbeiter vertreten mögen"! Was die französische und belgische Soldateska dazu tun kann, tut sie in vollem Maße, indem sie die Milch der Säuglinge beschlagnahmt und ihren Pferden ungedroschenes Getreide als Spreu hinwirft. Gegen die rheinischen Frauen und Kinder führt Herr Poincaré selbst Krieg, indem er die Beamten mit ihren Familien mit flammendem Schwert über den Rhein treibt. Indem man sie an ihrem Liebsten packt, will man die Männer klein kriegen. Die Interalliierte Rheinlandkommission erniedrigt sich zum Büttel der französischen Machtpolitiker, indem sie ihre Befehle ausführt.

So furchtbar das alles ist, es ist nur das Vorspiel. Frankreich läßt jetzt alle Schleier fallen. In dem Moratoriumsplan, den es der Repko vorgelegt hat, wird als Grundbedingung die Forderung aufgestellt, daß die jetzigen Pfänder beibehalten werden, d. h. also, daß für die Dauer des Zahlungsaufschubs, nämlich für zwei Jahre, das Ruhrgebiet von Frankreich verwaltet und in dem Maßstabe, in dem die Bedingungen des Moratoriums von Deutschland erfüllt werden, geräumt wird. Was das heißt, weiß heutzutage jedes Kind in Deutschland. Es ist nur gut, daß sich die Repko entschlossen hat, angesichts der Haltung Deutschlands über diesen Plan überhaupt nicht zu beraten; denn keine deutsche Regierung könnte und würde ihre Unterschrift unter einen solchen Vertrag setzen. Aber auch ohne daß der französische Griff an die Schlagader des deutschen Wirtschaftslebens rechtlich sanktioniert wird, müssen wir uns darüber klar sein, was die angedrohte Zollsperre für uns alle bedeuten wird. Frankreich und Belgien haben ja seit ihrem Raubeinfall keine Reparationskohle mehr erhalten, und so lautet jetzt die aus Wut und Rache geborene Formel: keine Tonne Kohle mehr für das unbesetzte Deutschland. Ob ihnen dies angesichts der Haltung der deutschen Eisenbahner gelingen wird, ist eine andere Frage. Gelingt es ihnen aber, so bedeutet das für uns Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Nahrungsmangel. Darüber müssen wir uns grausam klar sein, daß wir schwerster Not entgegengehen, wenn es unseren Feinden glückt, durch eine Zollinie Deutschland wirtschaftlich und politisch aufzuteilen. Darum heißt es haushalten mit der Abwehrkraft. Blindes Draufgängertum ist ebenso vom Uebel wie Verzettelung der Kräfte. Schritt für Schritt muß in Würde und unbeugsamer Festigkeit der Widerstand organisiert werden. Gegenüber jedem Ansinnen an die Treue für das Vaterland müssen die Gewaltpolitiker auf eine Mauer von passivem Widerstand stoßen, an der sie sich die Köpfe blutig rennen. Kein Wort von Verhandlungsbereitschaft mit den räuberischen Eindringlingen!" Man verhandle nicht mit einem Partner, der den Revolver vor sich liegen hat. Aber jederzeit Verhandlungsbereitschaft mit den gesamten Signatarmächten des Versailler Vertrages. Sie sind uns haftbar für die winzigen Rechte, die dieser Vertrag uns gelassen hat. Sie haben dafür zu sorgen, daß dem Vertrage die Treue gehalten wird. Wie war doch England so rasch bereit, die belgische Neutralität zu schützen, für die es mit Garant war! Wo bleibt jetzt seine moralische Pflichtbereitschaft als Garant des Versailler Vertrages? Ist denn alle Empfindung in der Welt ausgestorben? Ist denn die Solidarität zwischen den einzelnen Gliedern der Menschheit zu den Hunden geflohen, daß niemand sich verpflichtet fühlt, einem Volk in Not, dessen heiligste natürliche Rechte so grausam verletzt sind, zu helfen?

Ach ja — die Sympathien der ganzen Welt sind bei uns. Aber kein Finger rührt sich zur Hilfe. Allein auf uns gestellt, bleibt uns nur die Selbsthilfe. Auch das ist ein Opfer, das vom Volke gefordert wird, daß es zu einer Zeit, da es mit den Zähnen knirscht und vor Wut aufschreit, sich jedes parteipolitischen Gesänts enthalte. Wehe dem, der jetzt, da Einigkeit unser Morgen- und Abendgebet sein muß, Klassen- und Rassenhetze treibt. Er ist ein Verräter an der nationalen Sache. Jetzt gilt wieder das Wort, daß es nur noch Deutsche geben darf, keine Parteien. Dann aber: die Hände und die Herzen auf zum deutschen Volksopfer! Fort mit Luxus und Ueppigkeit, wie es der Aufruf des Reichspräsidenten fordert. Jeder fühle die Not des anderen als seine eigene. Aus der Tiefe der Volksseele flammt dieser Opferwille auf, wie der Sturm der freiwilligen Spenden zeigt. Und ist doch wenig genug, was wir geben können gegenüber dem, was unsere Brüder und Schwestern an der Ruhr in treuer Hingabe vollbringen. Sie stehen in der Feuerlinie: Etappe und Heimat haben es als ihre heiligste Pflicht zu betrachten, daß ihnen das Durchhalten nicht allzu schwer wird. Die Regierung aber muß alle ihre Kräfte daransetzen, daß Wuchertum und Prassertum dem unbesetzten Deutschland nicht weniger das Durchhalten ermöglichen. Unzerstörbar ist die Kraft unseres Volkstums, unverbrüchlich unsere Treue zu Reich und Land, unüberwindlich unsere Liebe zur Heimat: das sind die starken Wurzeln unserer Kraft. Sie werden uns das Schwerste tragen lassen.

Der Grund zu neuer Frevelitat.

Paris, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reparationskommission beschloß gestern mit drei gegen die Stimme des englischen Delegierten, der sich der Stimme enthielt, ein allgemeines Verfahren Deutschlands für die Reparationszahlungen festzustellen. Die Kommission beschloß, gleichzeitig den Londoner Zahlungsplan vom 6. Mai 1921 wiederherzustellen, wonach Deutschland am 31. Januar die am 15. Januar fällig gewesene Rate von 500 Millionen Goldmark zu begleichen habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230127015/fragment/page=0001

Der Zollring ums Ruhrgebiet.

Das neue französische Erpressungssystem — Neue Ausweisungen und neue Verhaftungen
Erfolgreiche Regierungsanweisung zu passivem Widerstand — Putschgefahr in Bayern.

Der Dollar 26900!!

Kampf um Bahn und Post.

Berlin, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Arbeitsniederlegung von Eisenbahnbeamten und Arbeitern wegen Eingriffe der Besatzungsbehörden in den Betrieben haben sich vermehrt. Es streikt jetzt das Personal auf den Bahnhöfen Duisburg, Meiderich-Süd, Oberhausen, Oberhausen-Osten, Hamborn, Sterkrade und der Schiebebahnhof Beeckerwerth. In Sterkrade, Bochum, Castrop haben die Postbeamten wegen Uebergriffe von Besatzungsangehörigen ihre Tätigkeit eingestellt. Auf dem Bahnhof Hohenbudberg, Bezirk Mörs, ist belgisches Militär eingerückt. Der Eisenbahndienst ist eingestellt. Infolge der Besetzung des Telegraphenamtes in Hörde wollen sich auch die Arbeiter und Kaufleute dem Proteststreik der Reichs- und Staatsbeamten anschließen. Die Postämter Welbert und Mühlrath wurden besetzt. Die Eisenbahner in Aachen weigerten sich, belgische Transportzüge weiterzuleiten. Der Bahnhof Düsseldorf liegt völlig einsam da. Die Franzosen haben das ganze deutsche Eisenbahnpersonal aus dem Bahnhofe entfernt und versuchen nun selbst einen Verkehr auf die Beine zu bringen. Sie haben bisher auf dem Bahnhof Derendorf eine Lokomotive aus der Werkstatt herausgebracht. Diese steht auf der Drehscheibe und verspertt infolgedessen den Zugang zum Bahnhof. Ferner haben sie einen Sonderzug nach Neuß abgehen lassen, der aber alsbald entgleiste und nun, ebenfalls die Strecke versperrend, daliegt. Auch ein Zug, der nach Mülheim a. Rh. gebracht worden ist, soll dort bereits entgleist sein. — Wenn die Franzosen in dieser Weise fortfahren, den Eisenbahnverkehr „in Gang zu bringen", werden sie soweit kommen, daß auch das deutsche Personal mit dem besten Willen den Zugverkehr nicht sobald in Ordnung zu bringen vermag.**

Organisation des passiven Widerstandes.

Richtlinien für das Eisenbahnpersonal.

Essen, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern wurde unter dem Eisenbahnpersonal mehrere tausend Flugblätter der Reichsregierung verteilt, in dem die Eisenbahner über den Vertrags- und Völkerrechtsbruch der Ruhrbesetzung aufgeklärt und Richtlinien für das weitere Verhalten des Personals ausgegeben werden. In einem dieser Flugblätter heißt es u. a.: Befehle und Anordnungen der Feinde an deutsche Beamte sind rechtsunwirksam. Diese haben sich ausschließlich an die Anweisung ihrer eigenen Regierung zu halten. Das Eisenbahnpersonal ist nach wie vor lediglich den deutschen Gesetzen unterstellt und hat die deutschen Anordnungen auszuführen. Militärtransporte werden nicht befördert. Verpflegungsnachschub wird durchgelassen, damit nicht die Nahrungsmittel im Ruhrgebiet weggenommen werden. — Wo eine Zallinie errichtet wird, ist dem Eisenbahnpersonal jede, auch die geringste Mitwirkung verboten. Von dem Verhalten der Eisenbahn hängt nicht zuletzt das Durchhalten gegenüber dem Völkerrechtsbruch ab. — Die gesamte Schutzpolizei in Dortmund hat beschlossen, französische Offiziere nicht mehr zu grüßen. Der als erschossen gemeldete Arbeiter Rudolf Dres ist nur verwundet. — Der französische Platzkommandant in Essen hat gestern dem Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung auf ihre Posten von der Schußwaffe Gebrauch machen. Er bitte deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten gingen. Der Polizeipräsident erklärte, daß die deutschen Polizeibeamten sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen würden.

Chronik der französischen Gewalttaten.

Düsseldorf, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) **Die „Düsseldorfer Nachrichten" melden: Bürgermeister Schmidt, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist von der französischen Besatzungsbehörde im Rathause verhaftet worden. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolge, wurde keine Antwort gegeben. Der Bürgermeister wurde mit Kraftwagen weggebracht. Regierungsrat Oexle, der Vorsteher der Düsseldorfer Polizei, ist gleichfalls verhaftet worden. Wegen der vaterländischen Kundgebungen in Mainz ist der Polizeidirektor Bumann von der Besatzungsbehörde ausgewiesen worden. — Der Telegrafie des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Ems, Oberregierungsrat Meyer, ist durch die Rheinlandkommission gestern von seinem Posten enthoben worden. — Der Geschäftsführer des Duisburger Parteibüros der Sozialdemokratie, Wilhelm Müller, wurde nach einem längeren Verhör durch belgische Kriminalbeamte ohne Angabe von Gründen für verhaftet erklärt und in das Landgerichtsgebäude angeführt. — Ausgewiesen wurden ferner in der Pfalz Regierungsdirektor Staminger, die Oberregierungsräte Künkel und Krämer und der Oberforstmeister Rey.**

Protest gegen Verhaftungen und Ausweisungen.

Anläßlich der in letzter Zeit durch die Interalliierte Rheinlandkommission erfolgten Ausweisungen von deutschen Beamten aus dem besetzten Gebiet haben die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel den dortigen Regierungen weisungsgemäß eine Note übergeben, in der unter Aufzählung der bisher erfolgten Ausweisungen scharfer Protest gegen diese widerrechtlichen und schikanösen Maßnahmen erhoben wird. Der neue Regierungspräsident von Wiesbaden, der frühere Kultusminister Hänisch, wird seinen Sitz in Frankfurt a. M. nehmen, da die Franzosen ihn wahrscheinlich nicht nach Wiesbaden hineinlassen bzw. ihn ebenso wie seinen Vorgänger ausweisen würden.

Zur Beschlagnahme der linksrheinischen Forsten

wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Die französische Regierung hat bereits mit der Beschlagnahme der im besetzten Gebiet gelegenen deutschen Staats- und Gemeindeforsten begonnen. Auch diese „Sanktion" steht zu den angeblichen „Verfehlungen" in gar keinem Verhältnis. Die Fläche der Staats- und Staatsanteilforsten beträgt 271 500 Hektar; die im Rheinland sehr zahlreichen Gemeindeforsten sind darin noch nicht einbegriffen. Es handelt sich in der Hauptsache um Fichten- und Buchenbestände, zum geringeren Teile um Eichen, Hölzer also, die für Industrie und Wirtschaft auch des ganzen unbesetzten Deutschlands von größter Wichtigkeit sind. Jeder Leser kann die Bedeutung ermessen, wenn er sich die Gegenstände vergegenwärtigt, die für das tägliche Leben aus Holz hergestellt werden. Am schwersten werden die zahlreichen kleinen Dörfer betroffen, die fast ausschließlich vom Wald und der Arbeit im Walde leben. Die Ausbeutung ist für die Eindringlinge natürlich leichter, wie die der Kohle. Trotzdem lege kein Beamter, kein Arbeiter für die Grenzen die Axt an den deutschen Wald! Vor allem aber keine Hilfe beim Abtransport! Dann kann auch das Attentat auf unsern Wald ein Schlag ins Wasser werden.

Englische Politik des Nichteinmischens.

London, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) **Der Beirat des gestrigen Ministerrates zeigt, daß die englische Regierung auch jetzt noch nicht für raschen hält, aus ihrer schwankenden Haltung hervorzutreten. Das Kabinett sei der Ansicht, daß sich die Politik der Nichteinmischung unter den gegenwärtigen Verhältnissen als der klügste Weg erweisen werde.**

London, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne erklärte in einem Bankett des Empireklubs, die Besetzung der Ruhr sei nicht die richtige Politik, um von Deutschland Reparationszahlungen zu erhalten. England habe nicht aus Sympathie für Deutschland oder aus Antipathie gegen Frankreich von der Besetzung nichts wissen wollen, sondern weil England überzeugt ist, daß sie unpraktisch sei.

Der französische Abschnürungsplan.

Essen, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Allem Anschein nach soll heute die Zoll-Linie durchgeführt werden. An den Grenzen des Ruhrgebietes sind große Truppenmassen in Bewegung. In nördlicher Richtung geht die Linie über Großenbaum nach Duisburg, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck-West, Recklinghausen. Die Zoll-Linie ist bereits gezogen im Süden über Waltrop, Lünen nach Dortmund, Hörde auf Hagen-Vorhalle. Die französische Besatzung hat im Laufe des gestrigen Tages Essen fast vollständig geräumt. Wenn die Einschließung durch die Truppen und Zollbeamten beendet sein wird, wird das Projekt für die vollständige Besetzung durchgeführt werden. Dieses sehe vor allem die Ausweisung aller preußischen Beamten vor. Die Gemeindebehörden sollen zwar ihre Tätigkeit fortsetzen dürfen, jedoch mit Berlin keinerlei Verbindung mehr unterhalten.

*

Wie der „Petit Parisien" aus Düsseldorf meldet, ist der Minister Le Troque nach wie vor fest entschlossen, den Weisungen der französischen Regierung gemäß jeden Widerstand Deutschlands schnell wie möglich zu brechen, um jede Kohlenausfuhr in das unbesetzte Gebiet zu verhindern. — Dem „Journal" zufolge ist die Schaffung einer neuen Münze für Rheinland und Ruhrgebiet nunmehr beschlossene Tatsache. Die Sachverständigen machen jedoch darauf aufmerksam, daß es richtiger sei, eine Rhein-Mark statt eines Rhein-Franken zu schaffen. — Marschall Foch ist, von Metz kommend, in Koblenz eingetroffen. — Im Ruhrgebiet sind bisher zwei französische Armeekorps und zwei belgische Infanterie-Divisionen eingesetzt. — Die französischen Flugzeuggeschwader an der Ruhr und am Main sollen Befehl erhalten haben, in den nächsten Tagen in größeren Verbänden das unbesetzte deutsche Gebiet zu überfliegen und tiefe Flüge bis Hannover auszuführen. Ueber den größeren deutschen Plätzen sollen Flugblätter gegen die deutsche Regierung abgeworfen werden. Gleichzeitig soll durch diese Flüge der Eindruck eines kurz bevorstehenden Weitermarsches der Franzosen bis Hannover erweckt werden.

Vor deutschen Abwehrmaßnahmen.

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichskabinett hielt gestern eine Sitzung ab, um sich mit den Maßnahmen zu beschäftigen, die gegen die wirtschaftliche Abschnürung des Industriegebietes zu treffen sind. Wie verlautet, wird die Abwehr derart sein, daß auch dieser neueste Versuch der Franzosen zum Scheitern gebracht wird. Einzelheiten über die Abwehrmaßnahmen werden noch nicht bekanntgegeben.

Vom Kriegsschauplatz.

Französische Soldaten vom Publikum verprügelt. Den „Düsseldorfer Nachrichten" wurden in der unteren Nordstraße gestern Franzosen aus der elektrischen Straßenbahn gerissen und ihnen die Seitengewehre, Gehen usw. abgenommen. Sie wurden verprügelt und konnten sodann ihren Weg fortsetzen. Die abgenommenen Waffen wurden in den Abtissinnenhof geworfen.

Zwei Hochverräter verprügelt. Die Führer der Emser Sonderbündlergruppe, Fabrikbesitzer Kaffine, sind, als sie nach Koblenz kommen wollten, auf dem Bahnhof Koblenz von einer erregten Gruppe von Eisenbahnern verprügelt worden, so daß sie von der deutschen Polizei in Schutzhaft genommen werden mußten.

Die bisherigen Kosten der Besatzung Essens. Die Kosten, die allein der Stadt Essen aus den von den Besatzungstruppen geforderten Anschaffungen erwachsen sind, werden annähernd auf ½ Milliarde geschätzt. Die Entschädigungen an die beschlagnahmten Hotels und an die mit Einquartierung belegten Privatpersonen sind in der angegebenen Ziffer noch nicht einbegriffen. Um wie große Summen es sich auch hierbei handelt, geht daraus hervor, daß ein einziges dieser Hotels eine tägliche Entschädigung von ¾ Millionen Mark verlangt.

Unwillkommene „Freiwillige" für die Reichswehr. Es bestätigt sich, daß in den letzten Tagen auf dem Lehrter Bahnhof ein bunt zusammengewürfelter Trupp von etwa 850 jungen Leuten eingetroffen ist, die beabsichtigten, in die Reichswehr einzutreten. Sie sind wieder in ihre Heimat zurückbefördert worden. Auch aus Hannover wird gemeldet, daß dort etwa 1000 junge Leute aus dem Ruhrgebiet angekommen sind, die den Wunsch hatten, in die Reichswehr einzutreten.

Kampferfolg. Wie das „Journal Industriel" mitteilt, mußten zahlreiche Hochöfen in den letzten Tagen infolge des Ausbleibens der deutschen Kohlenlieferungen in Frankreich ausgelöscht werden, so z. B. sechs Hochöfen der Firma Wendel, zwei Oefen in Epuiange, zwei Oefen in Diedenhofen, 5 Oefen in Luxemburg und 5 Oefen in Nancy.

Geltungsdauer von Eisenbahnfahrkarten.

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Bei der letzten Fahrpreiserhöhung vom 1. Januar 1923 hatte die Reichsbahn zugelassen, daß die kurz vor diesem Tage gelösten einfachen Fahrkarten ihre vierzägige Gültigkeit unverkürzt beibehielten, daß also Reisen auf diese Karten innerhalb dieser Geltungsdauer noch angetreten oder fortgesetzt werden konnten. Diese Anordnung bleibt auch künftig bis auf weiteres bestehen. Demgemäß können auch bei den zum 1. Februar d. J. bevorstehenden Fahrpreiserhöhungen, bei der die jetzigen Fahrpreise verdoppelt werden, z. B. die am 31. Januar gelösten einfachen Fahrkarten noch bis zum 3. Februar weiter benutzt werden.

Einschränkung des Personenverkehrs.

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Halbamtlich wird mitgeteilt: **Der Personenzugverkehr der Reichsbahn soll in nächster Zeit um insgesamt rund 15 bis 20 v. H. eingeschränkt werden. Die Einschränkungen erfolgen zum Teil sofort, zum Teil von Mitte nächster Woche ab. Wenn auch die Dienstkohlenlage der Reichsbahn zurzeit noch günstig ist (Vorrat für etwa 40 Tage), müssen doch bei der Ungewißheit der Weiterlieferung von Kohlen in das nichtbesetzte Gebiet die Ersparnismaßnahmen sofort einsetzen.**

Ausnahmezustand in Bayern.

München, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) **Das Staatsministerium Bayern erließ folgende Bekanntmachung über die Verhängung des Ausnahmezustandes im rechtsrheinischen Bayern: „Jetzt ist nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch welche die Gesicht von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschworen wird. Den Führern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei wurde daher eröffnet, daß unter diesen Umständen anläßlich ihres Parteitages Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnung ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde. Damit hat die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesagt. Um allen Störungen von Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen." Um alle parteipolitischen Auseinandersetzungen im gegenwärtigen Augenblick zu vermeiden, wurden auch die für heute geplanten Versammlungen der Sozialdemokraten und die der Kommunisten abgesagt. — In Berlin kamen auf dem Lehrter Bahnhof unter starker Bewachung von Sicherheitspolizei 15 Verhaftete an, die den nationalsozialistischen Verbänden in Hamburg, Mecklenburg angehören und angeblich auf dem Wege nach München waren.**

*

München, 27. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die bayerische Regierung hat alle öffentlichen Kundgebungen und Umzüge bei dem heute und morgen stattfindenden nationalsozialistischen Parteitag verboten. Hitler hat darauf der Regierung schärfsten Konflikt angesagt und es ist möglich, daß es zu scharfen Konflikten kommen wird, um so mehr, als die Regierung bei ihrer festen Haltung bleibt und vielleicht alle Veranstaltungen untersagen wird.

Schluß der Etatsaussprache im Reichstag.

Berlin, 26. Januar. Der Reichstag führte am Freitag die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1923 zu Ende. Einleitend gab der Finanzminister Dr. Hermes auf einige Vorwürfe ein, die der sozialdemokratische Redner erhoben hatte. Er stellte fest, daß eine Stundung der Kohlenkonzerne erfolgt ist, und zwar für die Steuer, die vom September bis 31. Dezember 1922 fällig war, im Gesamtbetrage von 21,3 Milliarden. Davon sind heute 19,1 Milliarden eingezahlt, so daß nunmehr tatsächlich nur noch 2,2 Milliarden gestundet sind. Der Minister wies dann nach, daß zwingende wirtschaftliche Gründe für eine solche Stundung vorlagen. Ohne die Stundung hätte eine Kohlenverteilung stattfinden müssen, auch wären die Kohlenlieferungen gefährdet worden. Die Stundung sei also durchaus am Platze gewesen. Für die Deutschnationale Volkspartei sprach dann Dr. Helfferich, der den laufenden Reichsetat unterstützen, er schätze das voraussichtliche Defizit des Reiches bei dem bisherigen Stande auf etwa 5 Billionen. Mit Schärfe wandte er sich gegen die Schiebergerichtsen, die Meister in der Kunst der Steuerhinterziehung sind, und führte zahlenmäßig aus, wie die Verarmung Deutschlands immer weiter fortschreite, und wie die fortschreitende Verarmung am meisten die geistigen Arbeiter und den Mittelstand trifft. Er geißelte dann den räuberischen Ueberfall in das Ruhrgebiet und brandmarkte das Treiben der Feindbünde. Er billigte die Abwehrmaßnahmen der Regierung und forderte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien. Die Franzosen hätten den Versailler Vertrag zerrissen, darum sei er auch für uns nicht mehr bindend. Dr. Helfferich mahnte zur Einigkeit und erklärte, für seine Partei gäbe es jetzt keine Streitfrage darum, ob die Monarchie oder die Republik besser sei. Sie stehe fest und treu zum Vaterlande. Dann entwickelte der Kommunist Frölich sein Programm in der andern Richtung. Herr Ledebour hielt in diesbeler Kerbe.

Der Sozialist Dr. Breitscheid wahrte seiner Partei völlige Handlungsfreiheit gegenüber allen Maßnahmen der Regierung. Er konnte es auch in diesem Augenblicke sich nicht versagen, der Rechten den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Dr. Helfferich nahm ihn allerdings nicht auf, sondern ermahnte von neuem zur Einigkeit, wobei er durch den Abg. Korell (Zentr.) wirksam unterstützt wurde. Der Haushaltsplan wurde schließlich der Haushaltsausschuß überwiesen. Am Sonnabend stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Preußischer Landtag.

Berlin, 26. Januar. Im preußischen Landtag gab es zunächst noch eine lebhafte Erörterung zur dritten Beratung des Gesetzentwurfes über den Grundstücksverkehr. Der Entwurf der Regierung hatte für jeden Grundstückskauf ein Genehmigungsrecht sowie ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden festgelegt. Die Sozialdemokraten, unterstützt von den Nachbarn noch weiter links, verlangten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Schon Minister Hirtsiefer war vorher lebhaft für den gleichen Gedanken eingetreten. Die Deutschnationalen sahen in dem Umstand, daß die Gemeinde das Genehmigungsrecht und zugleich das Vorkaufsrecht erhalten soll, eine Quelle der Korruption. Minister Hirtsiefer stellt dem entgegen, daß in der Verfassung der Gemeindegüter, die der Enteignung eine unwiderstehliche Zustimmung der Regierungspräsident habe. Die Abstimmung machte schließlich dem Streit ein Ende. Sie wog namentlich: Eine knappe Mehrheit stimmte für die Ausschußbeschlüsse. Damit war das Vorkaufsrecht der Gemeinde endgültig gefallen.

Die Abstimmungen über die weiteren Bestimmungen des Gesetzes zogen sich sehr in die Länge. Schließlich gelangte das Gesetz im wesentlichen nach den Ausschußbeschlüssen zur Annahme. — Nach ausführlicher Erledigung einer Reihe kleinerer Gegenstände kam man endlich in vorgerückter Stunde zu der Weiterberatung des Etats. Nunmehr brachte heute Finanzminister Dr. v. Richter den Haushalt selbst ein. Zu zweistündiger Rede gab er ein Bild der finanziellen Lage die sehr ernst ist. In eindringlichen Worten ermahnte der Minister zur Sparsamkeit. Diese könne z. B. durch Abbau staatlicher Organisationen erzielt werden. Es werde viel zu viel regiert! Alle Maßnahmen aber würden nicht helfen können, ehe Deutschland das Joch seiner Schuld trüge, die es abzuführen habe an seine Gegner. Das kann nur darauf in die allgemeine politische und wirtschaftliche Aussprache ein, die sich noch aller Uebung an die Einbringung des Haushalts anzuschließen pflegt.

Baukostensyndikate und Wohnungsnot.

Vorläufige Baustopp.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages teilte die Regierung am 26. Januar mit, daß in den Verhandlungen mit den Bausyndikaten gewisse Erfolge erzielt seien. Die Zementindustrie z. B. wolle für den Kleinwohnungsbau eine Verbilligung von 30 Prozent zugestehen, der Großhandel 13 Prozent. Bei den übrigen Baustoffen immerhin das Entgegenkommen zwischen 5 und 10 Prozent. Zu allgemeine Ermäßigungen sich die Syndikate gegen die Umlage zugunsten des Kleinwohnungsbaues nicht, lehnten aber jeden Zwang ab. Die verbilligten Baustoffe sollen außerdem jedem Bauunternehmer zugute kommen. Die Sozialdemokraten erklärten sich von dieser Regelung nicht befriedigt; die andern Parteien wollen nach mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. Die Regierung mies warnend darauf hin, daß kostbare Zeit für den Wohnungsbau verloren gehen würde, wenn man dieses Angebot nicht annähme.

Die Kosten der Ruhrbesetzung. Nach offiziellen Pariser Mitteilungen werden die Kosten der Ruhrbesetzung für die Monate Januar und Februar 45 Millionen Franken betragen.

Bevorstehendes Ende der Lausanner Konferenz. Die Mitglieder der alliierten Delegationen bereiten ihre Abreise vor.

Hallischer Witterungsbericht.

	26. Januar 9 Uhr abends	27. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	762,9	761,6
Thermometer Celsius	4,0	3,0
Rel. Feuchtigkeit %	76	70
Wind	SSW 2	SSW 2

Maximum der Temperatur am 26. Januar 5,4 C.
Minimum in der Nacht von 26. Januar zum 27. Januar 2,0 C.
Niederschläge am 27. Januar 7 Uhr morgens 0,5 mm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230127015/fragment/page=0002